

Nach der Wahl ist vor der Wahl – auch in Fragen der Schulpolitik NRW/ Antworten aus Düsseldorf

Auf acht Textseiten einer hauseigenen Broschüre des KGN sind 5 schulpraktische Fragen mit den Antworten der 4 Kandidaten zur Landtagswahl NRW am 22.05.2005 des Wahlkreises Warendorf – Süd abgedruckt. Die Statements zur ersten Frage sind im Folgenden zu lesen. Weitere Themen: Lehrerstellen zu 100% - Ausbildungsunterricht für Referendare nach PISA – Entlastung für Korrekturfachlehrer, -innen – Planstellen bzw. Stellenkegel für die einzelne Schule. Die Broschüre ist im Sekretariat der Schule erhältlich.

Sigfrid Krebs

Senkung der Klassenstärke in der Sekundarstufe I *)

Berni Recker, CDU:

Zur Zeit haben rund 30 Prozent der Klassen in NRW 28 und mehr Schülerinnen und Schüler. Die überwiegende Anzahl der Klassen hat also 27 und weniger Schüler. Um die Klassengröße zu verringern und so auch die individuelle Förderung zu verbessern, wollen wir 4000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Wir wollen den Schulen mehr Eigenverantwortung geben, damit sie pädagogisch sinnvolle Klassengrößen bilden können. Das bedeutet, dass auch kleinere Klassen zur besseren und intensiven Förderung eingerichtet werden können, wenn gleichzeitig für „normal“ lernende Kinder eine andere Klasse etwas größer ist.

Annette Watermann- Krass, SPD:

So verständlich diese Forderung ist, die ja nicht nur für die Sekundarstufe I erhoben wird, müssen natürlich die finanziellen Auswirkungen mit bedacht werden. Würden wir die Klassenfrequenzrichtwerte in allen Schulformen um den Faktor 2 absenken, müssten insgesamt 10.000 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen bzw. 500 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Deshalb muss an dieser Stelle ehrlicher Weise gesagt werden, dass es kurzfristig nicht zu einer Absenkung kommen wird. Dennoch werden wir die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler stärken. Mit der Schulzeitverkürzung und der Einführung des Abiturs nach 12 Jahren ermöglichen wir nämlich nicht nur die schnellere Aufnahme eines Studiums oder den schnelleren Beginn einer Ausbildung. Vielmehr schaffen wir mit der notwendigen zusätzlichen Unterrichtszeit, die wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern allen Schulformen der Sekundarstufe I zukommen lassen, die Möglichkeit für zusätzliche individuelle Förderung. Wir werden so den Raum schaffen, um Schwächen auszugleichen und Stärken zu fördern. Für dieses Vorhaben werden wir im Übrigen bis zum Jahr 2012 rund 4.000 Lehrerstellen bereitstellen.

Nordrhein-Westfalen unternimmt außerdem unverändert große Anstrengungen, die Ausbildungs- und Unterrichtssituation insbesondere für benachteiligte Schülerinnen und Schüler spürbar zu verbessern. So werden für zentrale bildungspolitische Aufgaben Lehrerstellen und Mittel aufgewandt:

- 3008 Stellen für Integrationshilfen
- 886 Stellen für Muttersprachlichen Unterricht
- 56 Stellen für die Mitarbeit in den regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA)
- 578 Stellen für die Sprachförderung in den Klassen fünf und sechs in Haupt- und Gesamtschule
- 210 Stellen für das Projekt Betrieb und Schule (BUS)
- 100 Stellen für Schülerinnen und Schüler mit Lern- und Entwicklungsstörungen zur Steigerung der Berufsfähigkeit
- 250 Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zur Stärkung der Hauptschulen
- Stellenzuschlag für Ganztagsunterricht in einem Volumen von 3.856 Stellen

- rund 83,8 Mio. EUR in diesem Jahr für die Offene Ganztagschule im Primarbereich sowie Ganztagsangebote für Schülerinnen und Schüler (darin enthalten 440 Lehrerstellen)
- 1.385 Stellen für den gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht behinderte Kinder

Meinolf Sellerberg, Die Grünen:

Eine solche Senkung des Klassenfrequenzrichtwertes wäre sicherlich sinnvoll. Er müsste gerechterweise für alle Schulstufen durchgeführt werden. Dazu müssten etwa 12.000 neue Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. Dies entspräche einem Finanzvolumen von ca. 800 Millionen Euro, von den Pensionslasten abgesehen. Wer dieses Geld zur Verfügung stellen will, muss ehrlich sagen, dass dazu die Staatseinnahmen erhöht werden müssen. Denn wir können Bergleute nur einmal entlassen und wollen keine Polizisten rauswerfen. Wir Grüne machen mit der Wieder – Einführung der Vermögenssteuer und dem Verzicht auf weitere Senkungen des Spitzensteuersatzes dazu Vorschläge. Wenn wir eine Mehrheit dafür in der Gesellschaft finden, haben wir eine Chance für eine Senkung des Klassenfrequenzrichtwertes. Sonst nicht.

Ein anderer Aspekt ist der leider zu erwartende massive Rückgang der Schülerzahlen, hier kann es Spielräume für Klassenverkleinerungen geben. Wir Grüne stehen dafür, auf keinen Fall Lehrerstellen abzubauen, sondern die Stellen in die qualitative Erneuerung des Schulsystems zu investieren.

Für die Zeit bis zur Einführung der Vermögenssteuer bleibt somit noch die Frage, ob durch unterrichtsmethodische oder schulstrukturelle Änderungen die individuelle Förderung intensiviert werden kann. Die Unterrichtsformen der in der PISA-Studie führenden Ländern legen ein Nachdenken hierüber nahe. Diesen sicher kreativen Prozess, der von unten nach oben geführt werden muss, werden wir Grüne nach Kräften unterstützen. Dazu zählen wir auch alle Maßnahmen, die zu mehr Selbständigkeit für die Schulen führen.

Dr. Stefan Romberg, FDP:

Ich versichere Ihnen, daß sich die FDP auch weiterhin nach besten Kräften für eine bessere Schüler/Lehrer-Relation und kleinere Klassen einsetzt, um jedem Schüler eine bestmögliche individuelle Förderung zu ermöglichen. Dieses gilt insbesondere für die Primarstufe, in der die Grundlagen für die spätere schulische Arbeit gelegt werden. Je besser die Grundschüler ausgebildet an die weiterführenden Schulen gelangen, desto weniger muss dort arbeitsintensiv aufgearbeitet werden. Bildung fängt aber nicht erst in der Grundschule an. Auch Kindergärten und Jugendhilfe müssen sich verstärkt um die Basisqualifizierung der Kinder (insbesondere Sprachkenntnisse und Lernfähigkeit) kümmern.

Vorrangig ist in allen Schulformen der akute Unterrichtsausfall zu bekämpfen: Wir wollen durch Lehrerneueinstellungen und auch die aufgelöste Vertretungsreserve an Schulen wiedereinführen und für verlässliche Unterrichtserteilung sorgen.

Richtig ist: Unsere Lehrerkollegien brauchen jungen Nachwuchs. Richtig ist aber auch:

Allein 8000 Neueinstellungen schlagen mit **mindestens 300 Millionen Euro** Personalkosten pro Jahr als Anfangskosten zu Buche (Eingangssämter A12 und A13). Da dieses Geld im Landeshaushalt nicht „auf Halde“ liegt, muss es durch Umwidmungen in den Bildungsetat einfließen können. Durch den Abbau rückwärts gewandter Subvention -wie insbesondere Steinkohlesubventionen- und Abbau der Öko-Bürokratie sollen die benötigten Gelder für den Bildungsetat freigezogen werden. Dies wird nicht von heute auf morgen geschehen können, ist aber unser Ziel für die gesamte Legislaturperiode.

**) Gestellte Frage: Welche Chance besteht, den Klassenfrequenzrichtwert in der Sekundarstufe I von 28 auf 26 zu senken bei entsprechender Anpassung an die Bandbreite, damit die individuelle Förderung graduell intensiviert werden kann?*